

Tourismuschef gekürt

## Neuanfang?

Von Andreas Müller

Das war also die fairste und transparenteste Stellenbesetzung in der Geschichte des Landes? Wenn Wirtschaftsminister Pfister dies ernst gemeint haben sollte, wäre es schlimm bestellt um die Personalpolitik in Baden-Württemberg. Tatsächlich verlief die Kür des neuen obersten Tourismuswerbers selten chaotisch. Erst sollte der attraktive Posten freihändig vergeben werden, an die Wunschnachfolgerin des bisherigen Chefs. Unter öffentlichem Druck entschied sich Pfister dann doch zur Ausschreibung. Als Filzvorwürfe laut wurden, stoppte er die Besetzung und erzwang sogar einen neuen Suchlauf – bis die Personalie dann plötzlich keinen Aufschub mehr duldeten. Just am Tag der Wahl wurde schließlich der Absprung einer der Kandidatinnen aus der Endrunde bekannt, die ein abgekartetes Spiel witterte. Dass eine angesehene Personalberatung das verkorkte Verfahren mit ihrem guten Namen adelte, machte die Sache nicht besser.

Für jeden Sieger wäre diese Vorgeschichte eine Hypothek gewesen, und sie ist es auch für Andreas Braun, den frisch gekürten Tourismuschef – zumal er als einziger der Favoriten nicht aus der Branche kommt. Der Journalist gilt als ausgewiesener Kenner von Land und Leuten, er kann die Vorzüge des Südwestens, speziell die kulinarischen, eloquent beschreiben und hat das Zeug, zum sympathischen Botschafter des Urlaubsziels Baden-Württemberg zu werden. Aber ist es alleine das, worauf es bei dem Job ankommt? Nötig wäre eine grundsätzliche Diskussion, ob die Steuermillionen für die Vermarktung des Landes wirklich effizient eingesetzt sind. Lohnt es sich, der sperrigen „Dachmarke“ Baden-Württemberg mit viel Geld Leben einhauchen zu wollen? Oder sollten nicht eher weltbekannte Reiseziele wie Schwarzwald und Bodensee gestärkt werden, wie es auch ein von Pfister in Auftrag gegebenes Gutachten empfiehlt? Solche Fragen hätten, auch anhand der Befunde des Rechnungshofs, zuerst diskutiert gehört. Danach hätte man für das neue Profil des Tourismusverbandes die passende Person suchen können.

Der Wirtschaftsminister hörte letztlich auf die beherrschenden Kräfte in der Branche und ist den umgekehrten Weg gegangen. Einen Teil der Chance für einen Neuanfang, der angesichts der verkrusteten Strukturen dringend geboten erscheint, hat er damit bereits verschenkt. Eine weitere Gelegenheit bekommen Pfister und Braun, wenn der Rechnungshof im Frühsommer seine Ergebnisse vorlegt. Man darf gespannt sein, ob die beiden sie nutzen werden.

## Journalist Braun wird neuer Tourismuschef

STUTTGART (mül). Nach der Wahl von Andreas Braun zum neuen Geschäftsführer will die Tourismus-Marketing-Gesellschaft Baden-Württemberg (TMBW) „mit klaren Verhältnissen ins Jahr 2009“ gehen. Dies teilte die TMBW gestern in ihrem monatlichen Newsletter mit. Am Vorabend hatte der Aufsichtsrat unter Vorsitz von Wirtschaftsminister Ernst Pfister, wie in einem Teil der Auflage berichtet, den Journalisten Braun (50) zum Nachfolger von Roger Heidt gewählt. Der derzeitige Chefredakteur von „Sonntag Aktuell“ sei in geheimer Wahl im ersten Wahlgang bestimmt worden, hieß es.

Braun war der Einzige in der Endrunde der Kandidaten ohne Branchenfahrung im Tourismus – genauso übrigens wie einst Heidt. Dessen Wahl hatten Fachleute damals kritisch kommentiert. Es werfe ein schlechtes Licht auf die Ausbildungsgänge für Touristiker in Baden-Württemberg, wenn das Land die wichtigste Position mit einem Branchenfremden besetze. Touristikexperten werden etwa an der Fachhochschule Heilbronn und der Berufsakademie Ravensburg ausgebildet. In der Ausschreibung waren „hervorragende Kenntnisse der Tourismusbranche oder aus artverwandten Bereichen“ verlangt.

Die Wahl zum jetzigen Zeitpunkt war bis zuletzt umstritten. Nach dem Rückzug einer Frankfurter Fachfrau aus der Endrunde, die damit gegen das aus ihrer Sicht abgekartete Verfahren protestierte, hatte die oppositionelle SPD noch am Mittwoch eine Verschiebung gefordert. Der neue Stelleninhaber gelte sonst „schon jetzt als zweite Wahl“, warnte Fraktionschef Claus Schmiedel. Er warf Pfister vor, dieser habe mit seinen Kurswechseln „das reinste Tohuwobu veranstaltet“. Die TMBW klagte gestern über eine „aus trüben Quellen gespeiste, mit Halb- und Unwahrheiten gespickte“ Pressekampagne. Wann Braun sein Amt antritt, ist noch unklar. Zu seiner neuen Aufgabe wollte er sich auf Anfrage noch nicht äußern.

## AUFGELESEN

### Toter Ehemann sollte das Bußgeld zahlen

Drei Jahre war ihr Mann nun schon tot, doch als Sündenbock noch recht lebendig. Zu dieser praktischen Einschätzung mag eine Frau aus dem Kreis Tuttlingen gekommen sein. Als sie auf einer Fahrt auf der Autobahn zwischen Berlin und München geblitzt worden war, gab sie statt sich selbst den toten Gatten als Lenker an. Denn der lebte als Halter des Wagens zumindest auf Dokumenten weiter. Das war etwas zu kurz gedacht, denn auf dem Foto, das die Bußgeldstelle versandt hatte, war eindeutig eine Frau zu erkennen. Die Polizei Tuttlingen konnte denn auch zweifelsfrei die Witwe als Fahrerin identifizieren. Der Frau blieb nichts übrig als zuzugeben, dass sie auf dem Antragsbogen der Behörde ihren verstorbenen Angetrauten zu Unrecht beschuldigt und in seinem Namen unterschrieben habe. Nun erhält sie eine Anzeige wegen Urkundenfälschung. **wom**

## MOMENTAUFNAHME



Der oberschwäbische Federsee als Eismeer

Foto Manfred Grohe

## DGB und Grüne springen Kommunen bei

„Der größte Teil des Konjunkturpakets muss Städten und Gemeinden zugutekommen“

STUTTGART (Isw). Der Bund stellt Baden-Württemberg 1,2 Milliarden Euro als Konjunkturpritsche zur Verfügung. Die Kommunen fürchten, dass sie bei der Verteilung gegenüber dem Land zu kurz kommen könnten.

Der größte Teil des zweiten Konjunkturpakets der Bundesregierung muss in Südwesten aus Sicht von Gewerkschaften und Grünen den Städten und Gemeinden zugutekommen. „Die Mittel müssen zu 70 Prozent voll den Kommunen für eigene Investitionen zur Verfügung stehen“, forderte der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener am Donnerstag in Stuttgart. Abzüge durch das Land dürfe es nicht geben. Auch gelte es, gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Südwesten herzustellen. Der Grünen-Landtagsabgeordnete Hans-Ulrich Sckerl rief die baden-württembergische CDU/FDP-Landesregierung auf, klarzustellen, dass den Kommunen der vorgezogene Anteil des Geldes „ungeschmälert zur Verfügung gestellt wird“. Finanzminister Willi Stächele (CDU) betonte, der kommunale Anteil werde nicht gekürzt.

Wie die Stuttgarter Zeitung gestern berichtete, befürchten die kommunalen Landesverbände, dass das Land aus dem für Städte und Gemeinden reservierten Teil des Konjunkturprogramms Mittel zur Sanierung der Hochschulen abzugeben könnte. Städte-, Gemeinde- und Landkreistag hatten ihre Befürchtungen in einem Brief an Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) formuliert. Äußerungen von Regierungsmitgliedern hätten die Besorgnis der Verbände ausgelöst.

Der Regierungschef hatte in der vergangenen Woche bekräftigt, dass 70 Prozent aus dem Bundesprogramm an die Kommunen gehen werden. Von dem 50 Milliarden Euro umfassenden Programm sind gut 1,2 Milliarden Euro für das Bundesland Baden-Württemberg vorgesehen. Damit sollen Verkehrswege ausgebaut, Schulen, Krankenhäuser und Hochschulen saniert und ländliche Regionen mit mehr schnellen Internetzugängen versorgt werden. Hinzu kommt das Infrastrukturprogramm des Landes mit einem Umfang von 950 Millionen Euro.

Bliesener sagte, die Gelder müssten rasch und unbürokratisch verteilt und in Projekte

der Bildung, Umwelt und Gesundheit investiert werden. Für finanzschwächere Kommunen forderte der Gewerkschaftschef eine Entlastung durch das Land.

Der Grünen-Finanzexperte Eugen Schlachter mahnte, das Konjunkturprogramm dürfe nicht „mit der Gießkanne“ übers Land verteilt werden. Wichtig seien energetische Sanierungsvorhaben bei kommunalen Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten oder Kliniken. Eine vorrangige Förderung des Straßenbaus lehnte Schlachter ab.

Die Sozialdemokraten zeigten sich erfreut darüber, dass die Wertgrenzen für die Vergabe kommunaler Aufträge angehoben werden. „Wir freuen uns, dass die Regierung erkannt hat, wie wichtig eine schnelle Umsetzung des Programms ist“, sagte der SPD-Landtagsfraktionschef Claus Schmiedel. Künftig könnten Kommunen die Aufträge für Bauleistungen bis zu einer Höhe von 100 000 Euro freihändig vergeben und müssen diese nicht zwingend ausschreiben. Bei Aufträgen bis zu einer Höhe von einer Million Euro sei eine beschränkte Ausschreibung unter wenigen Unternehmen möglich.

## Wie Adolf Hitler nach Röttenbach kam – oder doch nicht

Das Deckengemälde in einer oberschwäbischen Kirche weckt Fantasien und bringt Tourismusmanager auf Trab

Röttenbach ist ein Teilort der Allgäu-Gemeinde Wolfegg und war als Widerstandsnest gegen das NS-Regime bisher nicht im Bewusstsein. Ein fataler Irrtum?

Von Heinz Knapp

Ungeahnte Nachwirkungen hatte der Besuch einer Frau vor einiger Zeit in der St.-Jakobs-Kirche in dem Ort Röttenbach im Kreis Ravensburg. Ihr Blick war auf das dort 1944 entstandene Deckengemälde gefallen, unter dessen Figuren sie Adolf Hitler zu erkennen glaubte. Heimatkundler traten auf den Plan – und vollführten seither ein Hauen und Stechen um die korrekte Deutung des Bildes.

Der (angebliche) Hitler findet sich in dem Fresko auf die Seite der Verdammten gestellt. Deshalb schrieb man dem Urheber, dem inzwischen längst verstorbenen Maler August Braun, das Ganze als mutige Tat glaubensfundierter Resistance zu. Sein bis dahin eher unbeachtetes Wirken an der Kirchendecke sei, so hieß es, wegen Hitlers Höllenfahrt „passiver Widerstand“ gegen das NS-Regime gewesen. Diese heroische Sicht auf die ansonsten eher schlichte Porträtkunst Brauns machte sich auch das Touristikamt Wolfegg zu eigen. Inzwischen wird sie in bunten Prospekten verbreitet, eine regionalhistorische Zeitschrift gab ihr breiteren Raum.

Dabei wird allerdings eingeschränkt, die Aussage Brauns sei eine versteckte gewesen. Der „Verdammte“ von Röttenbach trägt allerdings Merkmale, die zu Hitler nicht recht passen wollen. Das Gesicht strahlt mit Zwicker, Koteletten und Menjou-Bärtchen eher

dekadente Eleganz aus. Nicht ungeschickt erklären das die Vorkämpfer des Glaubenswiderstands als taktische Maßnahme Brauns, der sich nicht kurz vor Kriegsende noch der Gestapo habe ausliefern wollen. So habe er Hitler zwar mit großer Tapferkeit gemalt, aber eben auch gleich mit noch größerer Vorsicht übermalt. In diesem Sinn meldet auch das Wolfegger Fremdenverkehrsamt, man sehe hier einen „mit Zwicker leicht verfremdeten Adolf Hitler“.

Verfremdet wirkt aber nicht nur der Zwicker, den Hitler nie trug. Da ist auch noch der Scheitel auf der falschen Seite, die fälschlich gelichtete Stirn, der zu tiefe Haaransatz vor den Ohren, die unpassend großen Augenhöhlen, das geteilte Bärtchen, das zu breite Kinn. Den Antifa-Kunstsinnscharen solche Einwände wenig. Statt die Interpretation zu überprüfen, wurde gleich noch ein weiterer prominenter Zeitgenosse an der Röttenbacher Kirchendecke dingfest gemacht. Tatsächlich blickt dort, Schulter an Schulter mit dem gemutmaßten „Hitler“, ein fetter Antipath, Brasil im Mundwinkel, selbstzufrieden auf den geöffneten Himmel. Ein geblähter Ballonkopf, in dem eine Zigarre steckt, das muss doch ... Die Wolfegger Touristiker bestätigen, ja, das sei Sir Winston Churchill.

### Winston Churchill in der Hölle

Hitler und Churchill als engste Satans-kumpel? Könnte das wirklich die Perspektive eines Hitlergegners gewesen sein? Die höhere Sieben-Schwaben-Deutungskunst kapituliert auch vor diesem Erklärungsdilemma nicht: Churchill habe in Brauns Sicht ebenso

wie Hitler die Hölle verdient, weil er die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation stellte und bedenkenlos deutsche Städte bombardieren ließ.

Aber wieso wird Stalin in Röttenbach nicht auf die Anklagebank zitiert? Sein Fehlen muss umso rätselhafter erscheinen, als die damaligen Sponsoren der Malerei, eine Familie aus der industriellen Mittelschicht, das Geld im Gedenken an ihren an der Ostfront gefallenen Sohn spendierten. Das verstärkt noch einmal die Zweifel daran, ob hier tatsächlich der NS-Diktator dargestellt ist. Vieles spricht dafür, dass der Malermeister Braun an der Kirchendecke nicht weniger, aber auch nicht mehr als frommen Anschauungsunterricht geben wollte und dabei kräftig im Strom der Zeit mitschwamm. War nicht auch der NS-Staat auf diffuse Weise antikapitalistisch und antiproletarisch – zwei Proleten wurden von Braun im Bild ebenfalls dem Höllenschlund zugeordnet.

War man nicht vor allem aber antijüdisch gesinnt? Brauns Deckengemälde diffamiert das Judentum besonders ausgiebig als Hilfstuppe des Teufels. Die in jenen Jahren entwürdigte, ohne Protest der Kirche vor aller Augen deportierte und in die Vernichtungslager getriebene Minderheit wird in dem Malwerk zum Versatzstück für zusätzlichen religionsmotivierten Hass – anhand von einigen derb stilisierten Prototypen wie Kaiphas, Judas und den pharisäischen Leugnern. Und hinter dem Rücken der beiden Hochfinanzklischeefiguren findet man in der Röttenbacher Dorfkirche eine dunkle Gestalt, die eine Zeitung mit hebräischen Lettern liest. Ist das nicht das personifizierte Juda?

## Neues Infomaterial zum Wahljahr

STUTTGART (sane). Die Landeszentrale für politische Bildung wirbt für die Teilnahme an den Kommunal- und Europawahlen am 7. Juni 2008. „Nicht nur die Kommunalpolitik, auch die Europapolitik wirkt direkt in den Alltag der Menschen hinein, vom Nicht-raucher- bis zum Klimaschutz“, betonte der Chef der Landeszentrale, Lothar Frick. Im Hinblick auf die Kommunal- und die Europawahl hat die Landeszentrale für politische Bildung eine Vielzahl neuer Publikationen herausgebracht. „In Zeiten, in denen die Europaskepsis überwiegt“ sei man gut beraten, keine künstliche Begeisterung zu entfachen, sondern Informationen zu bieten, sagte Frick. Eine hohe Wahlbeteiligung sei ein deutliches Signal zur Stärkung des europäischen Parlaments. Eine neue Buchreihe beginnt in diesem Jahr mit zwei Handbüchern zur Europa- und zur Kommunalpolitik, zu den Kommunalwahlen ist ein Sonderheft der Reihe „Politik und Unterricht“ erschienen.

Für Schulklassen bietet die Außenstelle Freiburg der Landeszentrale zu allen Wahlen Aktionstage zu bestimmten Themen. Sie dauern jeweils einen oder mehrere Vormittage und informieren über Europa, das Parteiensystem oder die Kommunalwahl. Außerdem wurde eine 90 Minuten dauernde Internet-Talkshow entwickelt, an der 15 Schulklassen der Klassenstufen 7 bis 9 an Haupt- und Realschulen teilnehmen können. Der Anmeldeschluss hierfür ist der 30. April.

Informationen unter [www.lpb-bw.de/wahlen-gehen](http://www.lpb-bw.de/wahlen-gehen); Infos über die Wahlen unter [www.europawahl-bw.de](http://www.europawahl-bw.de) und [www.kommunalwahl-bw.de](http://www.kommunalwahl-bw.de)

## Sexuelle Übergriffe: Ausschluss rechtens

FREIBURG (Isw). Nach mehreren sexuellen Übergriffen hat ein 13 Jahre alter Schüler im Streit um seinen Schulausschluss eine juristische Niederlage erlitten. Der Jugendliche habe sich eines schweren Fehlverhaltens schuldig gemacht, entschied das Verwaltungsgericht Freiburg. Der Schulausschluss sei daher rechtmäßig, er stelle keinen unverhältnismäßigen Eingriff in die Rechte des 13-jährigen dar (Aktenzeichen: 2 K 2180/08).

Der Schüler hatte den Angaben zufolge gemeinsam mit einem Mitschüler ein 14 Jahre altes Mädchen auf dem Schulhof mehrfach sexuell belästigt. Ein dritter Schüler sollte die Angriffe mit dem Handy filmen. Der 13-Jährige war deshalb von der Schule verwiesen worden. Dagegen hatte er geklagt.

Mit seinen Taten habe der Schüler mehrfach gegen den Willen seines Opfers gehandelt, urteilte das Gericht. Er habe bewusst und in erheblicher Weise in den Intimbereich des Mädchens eingegriffen. Er habe Grenzen klar überschritten. Der Schulverweis sei damit gerechtfertigt. Er diene der Gefahrenabwehr und dem Schutz anderer Schüler.

„Es ist davon auszugehen, dass der 13-jährige Schüler bei einem Verbleiben auf der Schule weiterhin in erheblicher Weise seine Pflichten verletzen wird“, heißt es in der Urteilsbegründung. Die Erziehung und die Sicherheit anderer Schüler würden dadurch gefährdet. Dies sei dadurch belegt, dass der Schüler auch nach dem Schulverweis durch zahlreiche weitere Verstöße aufgefallen sei. Der Kläger kann beim Verwaltungsgerichtshof Berufung dagegen einlegen.

## Studenten blockieren Freiburger Rektorat

FREIBURG (Isw). Schon zum zweiten Mal in einer Woche haben Studenten in Freiburg das Rektorat einer Hochschule besetzt. Sie fordern die Abschaffung der Studiengebühren. Rund 150 Studierende blockierten gestern das Rektorat der pädagogischen Hochschule. Die Aktion verlief nach Angaben der Hochschule friedlich. Die Studenten wurden in den Räumen des Rektorats geduldet, die Polizei wurde nicht eingeschaltet.

Auch laut Wolfegger Touristikverlautbarung ist die obskure Figur „ein jüdischer Intellektueller“. Zu all diesem Schwerverdaulichen kommt noch hinzu, dass Maler Braun es nach dem Krieg völlig versäumte, von seiner lobesamen Tat den geringsten Laut zu geben. Warum hat es weit über ein halbes Jahrhundert gedauert, bis man die heimlich geballte Anti-NS-Künstlerfaust entdeckte?

### Nicht Individuen, sondern Typen

Schließlich irritiert auch, dass inzwischen für den Röttenbacher „Hitler“ mehrere andere Deutungen aufgetaucht sind, neue Inkarnationstheorien, die mit der gleichen inspirativen Gewissheit verfochten werden; sei es, dass man Himmler, Chamberlain, Daladier oder gar Molotov an dieser Stelle, wo die Besucherin Hitler sah, zu erkennen meint. Die zutreffendste Deutung liegt wohl in der Aussage, dass keine Deutung recht hat. Der einfach denkende und malende Braun wollte nicht Individuen, sondern Typen vorführen, plakative, karikaturne Schemata.

Das bestätigt sich, wenn man die Gestalten betrachtet, die er in seinem Gemälde auf der anderen, der guten Seite, zur Rechten Gottes, aufbaut. Auch sie sind wie die Bösen, mit wenigen Ausnahmen, nur Markenzeichen – in diesem Fall der Heiligkeit. Im „Hitler“-Porträt wäre nicht weniger, aber eben auch nicht mehr zu sehen als der Typ des pervertierten Machtmanagers; der schmauchende „Churchill“ daneben würde sich auf das Symbol des fettwanstigen Kriegsgewinners reduzieren. Aber das ist touristisch lange nicht so spannend.